

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Dr. Nikolaus Kowall

Präsident der AK Oberösterreich

Stiftungsprofessur für Internationale
Makroökonomie, Hochschule für
Wirtschaft, Management und Fi-
nance, Wien

**Wettbewerbsfähigkeit – In wessen Interesse?
(Ober-)Österreich braucht
dringend eine Qualitätsstrategie**

Online-Pressekonferenz
Mittwoch, 26. Mai 2021, 12 Uhr

Für eine erfolgreiche Entwicklung und Erholung des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes (Ober-)Österreich sind die Leistungen der Arbeitnehmer/-innen und ein starker Sozialstaat zentral. „Der ökologische, digitale und demografische Wandel der Gesellschaft muss aktiv im Interesse der Beschäftigten gestaltet werden, damit der gemeinsam erarbeitete Wohlstand allen Menschen in diesem Land zu Gute kommt und nicht nur einer kleinen Gruppe von Superreichen“, sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer. Und Ökonom Dr. Nikolaus Kowall stellt fest: „Um den starken industriellen Sektor in Österreich zu erhalten, wird ein Kostenwettbewerb die falsche Strategie sein. Mittelständische Industriebetriebe aus Österreich punkten im internationalen Wettbewerb primär mit nichtpreislichen Faktoren.“

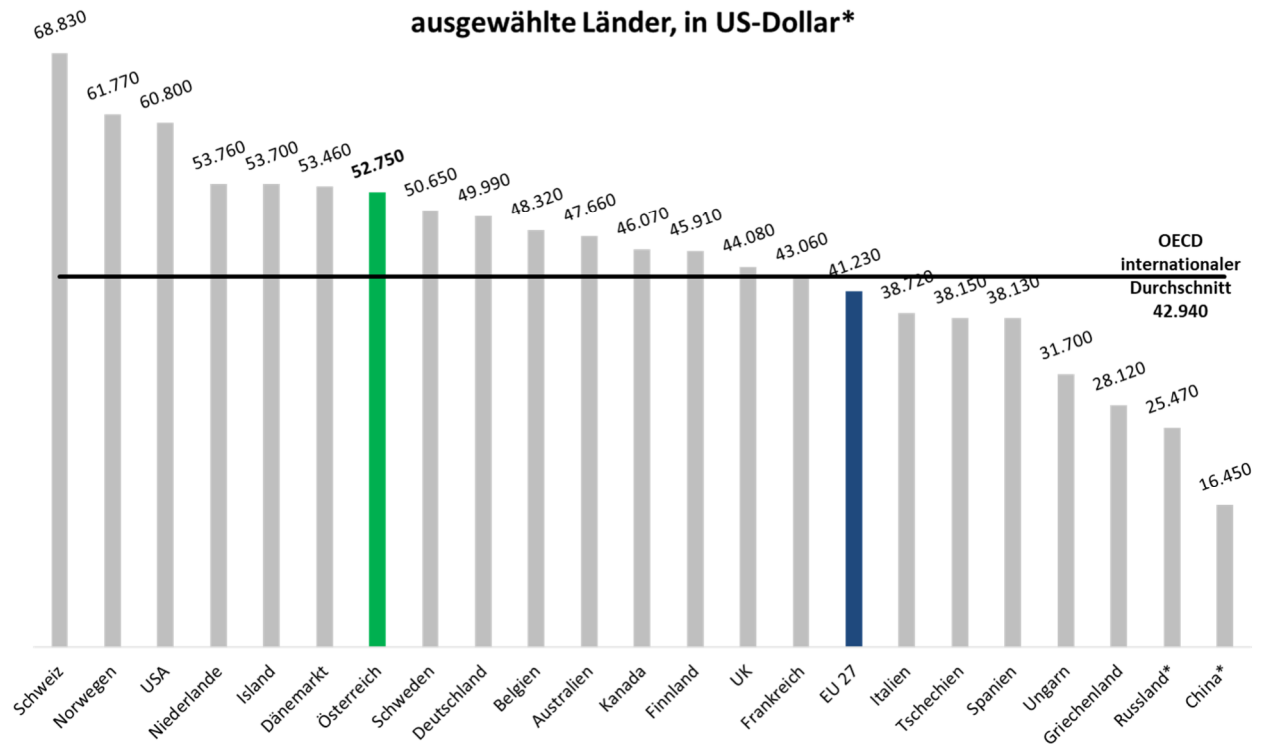
Moderate Lohn-Stückkosten-Entwicklung

Die Arbeitskosten sind der hohen Produktivität gegenüberzustellen, um zu den Lohn-Stückkosten zu gelangen. Und da ist etwa Österreichs wichtigster Handelspartner Deutschland im Vergleich zur österreichischen Industrie in den letzten fünf Jahren sogar teurer geworden. Der Lohns-Stückkosten-Anstieg betrug im Fünfjahreszeitraum 2014 bis 2019 in Österreich moderate 0,7 Prozent, in der deutschen Industrie waren es mit 1,8 Prozent pro Jahr doppelt so viel.

Österreich ist einer der wirtschaftlich leistungsfähigsten Staaten

Österreichs besonders hohe gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit kann auch anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemessen werden. Beim BIP pro Kopf rangieren wir seit Jahren innerhalb der Industriestaaten unter den besten Zehn.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2019 ausgewählte Länder, in US-Dollar*



Q: OECD; *in Kaufkraftparitäten; die Nicht-OECD-Länder Russland und China sind für den Vergleich angeführt

Die Qualität eines Standortes aus gesamtgesellschaftlicher Sicht wird aber durch viele, auch wohlfahrtsstaatliche, Teile definiert, die über das BIP hinausgehen.

Wohlfahrtsstaat und Standortqualität

Die traditionellen beschaffungs-, produktions- oder absatzorientierten „Standortfaktoren“ umfassen die Qualität von und Zugang zu Produktionsfaktoren, die Verkehrsinfrastruktur, das Steuer-, Abgaben- und Fördersystem, Arbeitskosten, gesetzliche und tarifliche Rahmen bis hin zur Absatzmarktnähe. Vergessen werden meist Faktoren, die nicht direkt in die Kostenrechnung eines Betriebs Eingang finden, aber zum Erfolg von Unternehmen beitragen. Für die Attraktivität eines Produktions-, Forschungs- oder Managementstandortes sind auch die generelle Lebensqualität und Sicherheit in einem Land, die von wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten und Regulierungen mitbestimmt wird, zentral:

- ein umfangreiches Bildungs- und Weiterbildungsangebot sowie eine ausgebaute Forschungsinfrastruktur und Forschungsnetzwerke bestimmen das innovative Umfeld eines Landes;

- die Qualität des Gesundheitswesens dient dem Erhalt und der Entwicklung der Beschäftigungsfähigkeit der Erwerbsbevölkerung;
- die Qualität der Arbeitsbeziehungen zwischen Interessensverbänden von Arbeitnehmern/-innen und Unternehmen sind ausschlaggebend für Betriebsklima und sozialen Frieden.
- politische Stabilität und hohe öffentliche Sicherheit stärken das Vertrauen (der Investoren) in einen Standort und dessen Qualität;
- Das Ausmaß an Gleichheit und sozialem Zusammenhalt bestimmt die Lebensqualität in einer Gesellschaft entscheidend mit. Polarisierung und soziale Ausgrenzung beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl und das gegenseitige Vertrauen in einer Gesellschaft;
- die Umweltqualität ist mitbestimmend für die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes, sowohl für die Beschäftigten als auch für die Betriebe. Klar ist, dass die mit Lebensqualität und Sicherheit verbundenen öffentlichen Regulierungen auch dem unternehmerischen Agieren einen Rahmen geben und mit Kosten verbunden sein können.

„Eine intelligente Standort- und Industriepolitik schielt nicht nur einseitig auf die Lohnkosten, sondern schätzt den viel größeren Nutzen von gut ausgebildeten und zufriedenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“, so Präsident Kalliauer. „Und was auch nicht vergessen werden darf: Für manche ist (Ober)Österreich nur ein Wirtschaftsstandort – für die Beschäftigten handelt es sich aber auch um den Lebensstandort, an dem wir ein gutes Leben führen wollen.“

Beispiel (Aus-)Bildung und Innovation

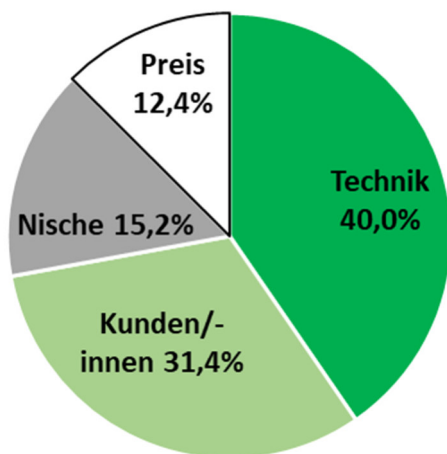
Oberösterreichs zukünftiger Erfolg und die Innovationsfähigkeit hängen entscheidend von den Qualifikationen der Beschäftigten ab. Fortschreitende Spezialisierung und technisches Know-how auf hohem Niveau sind Standortmerkmale, die in der Regel in Ländern mit niedrigem Lohnniveau und schwachem Sozialstaat schwer zu finden sind. Ein gut funktionierendes öffentliches Bildungssystem kann es nicht „billig“ geben. In Österreich wird es vom Staat über das Steuersystem finanziert, zu dem überwiegend die Arbeitnehmer/-innen über Lohn- und Konsumsteuern beitragen. Der Nutzen dieses Systems übersteigt für die Unternehmen ihre (Steuer)-Kosten um ein Vielfaches.

Kindergarten, Schule und berufliche Erstausbildung schaffen es nicht, schlechtere Startbedingungen auszugleichen. Damit wird Bildung in hohem Maße vererbt und Ungleichheit verfestigt. In Österreich kommt nur jedes zehnte Kind von Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss in die AHS-Oberstufe. Die Chancen für den Erwerb eines Hochschul- oder Akademieabschlusses für Kinder aus einem Akademikerhaushalt ist 3,6 Mal so hoch wie für Kinder, deren Eltern eine Lehre oder eine berufsbildende mittlere Schule abgeschlossen haben.

Österreichs Betriebe punkten mit nicht-preislichen Faktoren

Im Zuge seiner Promotion hat Dr. Nikolaus Kowall ein Dutzend exportorientierter Industrieunternehmen in Bezug auf ihre spezifischen Wettbewerbsvorteile am internationalen Markt untersucht. Kowall: „Österreichische Industrieunternehmen sind in der Regel nicht deshalb exportstark, weil sie preislich besonders günstig sind. Vielmehr heben sie sich durch Technik und Kundenorientierung ab und können somit in einer hochpreisigen Liga erfolgreich operieren.“

Bestimmungsgründe für den Absatzerfolg österreichischer Industrieunternehmen



Quelle: N. Kowall, Österreichische Unternehmen im internationalen Wettbewerb – Elf Fallstudien mittelständischer Industriebetriebe aus mittleren Technologiesegment, 2015

Qualität, Technologie und Innovation machen laut Kowall gemeinsam 41 Prozent des Exporterfolges aus, Kundenorientierung (mit den Faktoren Vertrauen, Verlässlichkeit, Kundenbeziehung, Tempo, Flexibilität und Service) rund ein Drittel. Die entsprechende Spezialisierung (Nische) erklärt über alle Unternehmen hinweg rund 15 Prozent der Exportperformance. Der Faktor Preis ist lediglich zu einem Achtel für den Exporterfolg verantwortlich. Insgesamt punkten mittelständische

Industriebetriebe aus Österreich im internationalen Wettbewerb primär mit nicht-preislichen Faktoren.

Beispiel MAN – politischer Totalausfall

Kowall kritisiert bei der Diskussion um das MAN-Werk die Einengung auf die Frage, ob der Standort Steyr innerhalb der globalen Wertschöpfungsketten wettbewerbsfähig ist. „Die öffentliche Diskussion um MAN dreht sich primär um die Frage, ob das Werk innerhalb der hochpreisigen Liga rentabel ist oder nicht. Würde die Politik eine aktive Standortpolitik betreiben, würde sie den Wert – gerechnet in Beschäftigung, Lohnhöhe und Sozialplänen – maximal in die Höhe treiben. In diesem Fall kam es allerdings zu einem politischen Totalausfall“, kommentiert Kowall. Darum haben Betriebsrat und Beschäftigte die Sache selbst in die Hand gekommen.

Nachhaltige Entwicklung statt Standort-Wettbewerb

Volkswirtschaftlicher Wohlstand geht weit über die Rentabilität hinaus und berührt das öffentliche Interesse in der Wirtschaft. Diese Diskussion ist jetzt mit dem Paradigmenwechsel in der US-Wirtschaftspolitik unter Präsident Biden wieder voll aktuell. Dabei stehen für Kowall drei Fragen im Vordergrund:

1. Strategische Interessen des Staates

Der Staat möchte in ausgewählten Branchen eine krisensichere Versorgung seiner Bevölkerung garantieren – etwa bei Lebensmitteln, bei der Energieversorgung, bei Pharmaprodukten oder bei Rüstungsgütern. Während der Corona-Pandemie wurde Europa seine Verletzlichkeit vor Augen geführt, weil man etwa für medizinische Schutzausrüstungen auf Importe aus China und bei Penicillin auf Einfuhren aus Indien abhängig war.

2. Politische Prioritäten wirtschaftlicher Entwicklung

Industriepolitik bedeutet: Investitionen ganz gezielt in Bereiche zu lenken, in denen der Staat eine Weiterentwicklung für angezeigt hält, der Markt es aber von selbst nicht tut. Im Fall von Bidens Programm handelt es sich um die ökologische Umwandlung zum Beispiel im Energiesektor, sowie um eine Expansion in der Pflegebranche. In einer vernünftigen Welt würden die EU-Kommission sowie Bundes- und Landesregierung in Abstimmung mit Wissenschaft, Sozialpartnern, Industriellen und Branchenexperten eine

Perspektive entwerfen, um das MAN-Werk in Steyr zu einem innovativen Projekt im Bereich ökologischer Mobilität weiterzuentwickeln.

3. **Die politische Regulierung der Wirtschaft**

Bei der Erzeugung von Schneeketten, Beschichtungen oder Aluminiumverpackungen gibt es weder strategische staatliche Interessen, noch eine aktuelle Notwendigkeit staatlicher Intervention zur Weiterentwicklung dieser Sektoren. Dennoch liegt es im Interesse der Demokratie, dass in diesen Branchen hohe Standards in Bezug auf Löhne, Steuermoral, ökologische Normen, Arbeitsbedingungen und Konsumentenschutz herrschen. Diese Standards werden durch die globale Standortkonkurrenz permanent nach unten nivelliert. Diesen Unterbietungswettbewerb gilt es zu unterbinden und den globalen Waren- und Kapitalverkehr politisch zu regulieren. Dies wäre die Kernaufgabe einer EU, die den Wohlstand und die Lebensqualität der Durchschnitts-Bevölkerung sowie die nachhaltige Transformation des Wirtschaftslebens an erste Stelle setzt.

Schlussfolgerungen und Forderungen der AK OÖ

1. Es braucht eine Industriepolitik, die sich nicht nur an betriebswirtschaftlicher Arbeitskostenminimierung orientiert, sondern auch an sozialen, bildungspolitischen, ökonomischen und ökologischen Wohlfaktoren. In die Ausrichtung müssen alle wesentlichen Akteure/-innen eingebunden werden – vor allem Arbeitnehmer/-innen und deren Interessensvertretung.
2. Zur Umsetzung standortpolitischer Ziele kann auch ein aktives, öffentliches Beteiligungsmanagement beitragen.
3. In Hinblick auf die Klimaziele und die damit verbundene Transformation der Industrie braucht es regionale Strategiepläne für Industrieansiedelungen – mit dem Ziel, dass alle Interessensgruppen in einer Region profitieren.
4. Es braucht eine faire Verteilung auf allen Ebenen (Löhne, Steuern, Bildung). Jene Faktoren, die Österreich Wohlstand gebracht haben, müssen wieder mehr Aufmerksamkeit bekommen: ein aktiver Wohlfahrtsstaat für alle, eine gute soziale Absicherung, eine gute und stabile Lohnentwicklung, Zusammenarbeit und Interessensausgleich.

5. Es braucht ein Lieferkettengesetz, das Konzerne verpflichtet, Verantwortung für die Bedingungen auch in Zulieferbetrieben zu übernehmen. So werden hohe Arbeits- und Umweltstandards im internationalen Handel verbindlich.